

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

diese Sitzungswoche war geprägt von arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen und einer unentschlossenen Union. Nach wochenlangen Debatten scheint sich nun abzuzeichnen, dass auch in der CDU/CSU-Fraktion eine Mehrheit besteht, um ein Chaos in den **Job-Centern** abzuwenden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2007 geurteilt hatte, dass die Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen in den ARGEn und Optionskommunen verfassungswidrig sei, haben wir als SPD-Fraktion uns dafür eingesetzt, eine **Grundgesetzänderung** vorzunehmen. Die CDU sperrte sich aus ideologischen Gründen dagegen und wollte damit wieder eine Doppelverwaltung in Bundesagentur und Kommunen einführen – mit erheblichen Verwaltungskosten, schlechterem Service und schlechteren Leistungen für die Betroffenen. In letzter Minute löste ein Brief von Roland Koch den Starrsinn der Union, sodass wir nun auf Grundlage der SPD-Gesetzentwürfe verhandeln. Es ist unser Ziel, die Betreuung aus einer Hand weiterhin zu gewährleisten.

Ein weiteres **Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Bemessung der Regelleistungen im SGB II**, das als „Hartz IV-Urteil“ in der Presse Niederschlag gefunden hat, ist für unsere aktuelle Arbeit von großer Bedeutung. Grundsätzlich gilt, dass die Berechnung des Regelsatzes korrekt ist, sie jedoch mit mehr Transparenz vom Gesetzgeber beschlossen werden muss.



**Berlin-Brief, Ausgabe 68**  
**11. Februar 2010**

*Meine Termine*

**10. Abend des Ehrenamts**

12.02.2010, 19:30 h, Schwaigern

**Klausurtagung SPD-Kreisvorstand  
Heilbronn-Land**

13.02.2010, 9 h, Heilbronn

**Prunksitzung Sulmtalnarren**

13.02.2010, 20:01 h, Obersulm-Ellhofen

**Faschingsumzug**

16.02.2010, 14:00 h, Gundelsheim

**DGB-Jahresempfang**

16.02.2010, 18:30 h, Heilbronn

*Aktuelle Pressemitteilungen*

**Schwarz-Gelb gefährdet Arbeitsplätze in der Region.** (05.02.2010)

<http://www.josip-juratovic.de/aktuell/schwarz-gelb-gefaehrdet-arbeitsplatze-in-der-region#more-1226>

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

Insbesondere bei der **Berechnung der Regelsätze für Kinder** muss es Neuordnungen geben. Unsere sozialdemokratische Position muss sein: **Dieser Regelsatz darf in keinem Fall niedriger sein als die bisherige Leistung.** Das Bundesverfassungsgericht hat nichts zur Höhe der Leistungen ausgesagt. Ich befürchte daher, dass auch hier die soziale Kälte der Union zuschlagen wird und sozialstaatliche Leistungen gekürzt werden sollen - natürlich erst nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Das werden wir nicht zulassen!

Am Mittwoch hielt Außenminister Westerwelle eine **Regierungserklärung zu Afghanistan**. Am 26. Februar wird der Bundestag über **Verlängerung und Aufstockung des ISAF-Mandates** abstimmen. Alle Abstimmungen dazu sind mir in der Vergangenheit schwer gefallen, und auch diesmal ist dies der Fall. Nach der so genannten „Wahl“ von Hamid Karzai im vergangenen Jahr müsste Korruptionsbekämpfung innerhalb und außerhalb des afghanischen Regimes als wichtigster Punkt auf der To-Do-Liste der Internationalen Gemeinschaft stehen. Wenn wir der Korruption nicht entgegensteuern, wird die Entwicklung Afghanistans das Nachsehen haben. Minister Guttenberg schlägt nun eine Erhöhung des Kontingentes um 850 Soldatinnen und Soldaten vor. Er macht aber nicht deutlich, wofür diese zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Wir als SPD haben deutlich gemacht, dass wir die **Schwerpunkte der Arbeit der Bundeswehr** – Ausbildung und Wiederaufbau – stärker forcieren wollen. Mehr denn je ist eine offene Debatte über Ziele des Einsatzes und über die Mittel, diese Ziele zu erreichen – und damit auch über die Strategie der Bundeswehr – nötig. Dazu empfehle ich die Lektüre der **Thesen von Helmut Schmidt**, die dieser am 25. Januar im SPD-Parteivorstand vorgestellt hatte. Und natürlich erhalten Sie am 26. Februar im nächsten Berlin-Brief eine aktuelle Stellungnahme zur Abstimmung.

In der vergangenen Woche war ich mit einer Delegation von elf Landtags- und Bundestagsabgeordneten in den **Vereinigten Staaten** beim Nationalen Gebetsfrühstück zu Gast. Hillary Clinton und Barack Obama machten vor rund 3.000 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion deutlich, was Werte in der politischen Arbeit bedeuten. Am Rande der Veranstaltung ergaben sich Gesprächen mit Arbeitsmarktpolitikern aus Senat und Repräsentantenhaus.

Mit freundlichen Grüßen

